

Mieterstrom-Modell: Gut gedacht, aber ...

Mit PV-Anlagen sollte Mieterstrom die Energiewende auch nach Hildesheim bringen – warum es bislang nicht funktioniert hat

Von Jan Fuhrhop

Hildesheim. Die Energiewende direkt in den Städten umsetzen – das war das Ziel des Modells Mieterstrom, das 2017 per Gesetz ermöglicht wurde und gefördert werden sollte.

Das Konzept: Mieter in Mehrfamilienhäusern sollten sich unabhängig vom Stromnetz zum Beispiel mit Photovoltaikanlagen auf den Hausdächern direkt mit Energie versorgen. Kostenbestandteile wie Netzentgelte, bestimmte Umlagen, Stromsteuer und Konzessionsabgaben würden dadurch wegfallen, ins Netz eingespeister Strom wird vergütet, zusätzlich gibt es eine spezielle EEG-Förderung für jede Kilowattstunde Mieterstrom – den sogenannten Mieterstromzuschlag.

In der Theorie gut gedacht, in der Praxis erwies sich das Modell bislang aber als wenig attraktiv. Das mussten schon vor mehr als einem Jahr auch die Hildesheimer Baugesellschaft gbg und der hiesige Versorger EVI erkennen: Beide wollten gemeinsam in Drispensedt in einem Gebäude in der Jordanstraße ein Mieterstromprojekt starten – und ließen dann doch davon ab.

EVI-Sprecherin Katrin Groß bestätigt gegenüber der HAZ: Insbesondere die Kürzung der Vergütung für größere Photovoltaik-Dach-

anlagen 2019 um 20 Prozent habe eine wirtschaftliche Umsetzung unmöglich gemacht. „Wir wollten ein Zeichen setzen“, sagt gbg-Projektleiter Wolfram Poppenhäger, „aber so lange sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, funktioniert das nicht“.

Diese Hürden führten dazu, dass Hildesheim beim Prinzip Mieterstrom ein weißer Fleck auf der Landkarte bleibt.

Das „Handelsblatt“ zitierte 2019 eine Auswertung der Bundesnetzagentur: Zwei Jahre nach dem Start wurde in ganz Deutschland eine Mieterstrom-Leistung von knapp 15 Megawatt registriert (entspricht etwa der Leistung von fünf Windkraftanlagen an Land) – als Obergrenze der Mieterstromförderung waren 500 Megawatt vorgesehen.

Die Hildesheimer Stadtratsfraktionen der Grünen, der Linken sowie die Gruppe FDP/Unabhängige wollen nun ein Zeichen setzen und am Donnerstag in der Ratssitzung eine Resolution zur Abstimmung bringen. Sie richtet sich direkt an das Bundeswirtschaftsministerium und fordert eine Reform des Mieterstromgesetzes und der steuerlichen Bedingungen. „Damit die Energiewende gelingt, müssen gerade auch die Möglichkeiten auf kommunaler Ebene aktiviert werden“, heißt es in der Beschlussvor-

lage. Die gbg wie auch die EVI sind gegenüber dem Konzept Mieterstrom weiterhin aufgeschlossen. EVI-Sprecherin Katrin Groß sagt: „Unter geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die EVI auch weiterhin großes Interesse, die Energiewende in diesem Bereich aktiv zu begleiten.“ Immerhin: Dem Ministerium ist nicht verborgen ge-

blieben, dass das Konzept bislang nicht aufgeht wie gedacht. In einer Antwort aus dem Dezember 2019 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Julia Verlinden heißt es: „Die Bundesregierung prüft derzeit Verbesserungen an den Rahmenbedingungen für Mieterstrom und legt hiernach schnellstmöglich einen Vorschlag vor.“

